

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche; 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition; Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Brot nach Gewicht.

Endabstimmung im Reichstag / Die Stellung der Sozialdemokratie.

Der Reichstag schloß heute, um 12 Uhr, zunächst den von der Wirtschaftspartei eingebrachten Gesetzentwurf über Arbeitsdienstplicht von der Tagesordnung ab. — In der zweiten Beratung des Brotgesetzes gab

Abg. Simon-Franken (Soz.)

folgende Erklärung ab: Bereits am 3. März ist dem Reichstag von dem damaligen Ernährungsminister Dietrich der Entwurf eines Brotgesetzes vorgelegt worden. Er sah vor eine scharfe Unterscheidung zwischen Roggenbrot und Weizenbrot und die Verpflichtung, Brot künftig nur nach Gewicht zu verkaufen. Beide Bestimmungen dienten dem Schutze der Verbraucher bei gleichzeitiger Förderung des Verkehrs von Roggenbrot. Aus diesem Grunde stimmte die Sozialdemokratie in der ersten Lesung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses diesem Gesetzentwurf zu, der auch angenommen wurde. Daß er trotzdem nicht in Kraft trat, beruht auf der Tatsache, daß die Deutschnationale Volkspartei und die Wirtschaftspartei unter dem Einfluß von Abgeordneten, die damit ihre persönlichen Berufsinteressen bedroht sahen, dagegen stimmten, die zweite Lesung im Ausschuss verzögerten und damit das rechtzeitige Inkrafttreten dieses Gesetzes am 1. Mai un-

Abgeordnete geraubt.

Lappisten verschleppen Kommunisten aus dem Reichstag
Sellingfors, 5. Juli.

In den Sitzungssaal des Grundgesetzausschusses des Reichstages drangen heute vormittag vier unbekannte Männer ein. Sie ergriffen zwei kommunistische Mitglieder des Ausschusses, schleppten sie in Autos und verschwand. Einer der Geblendlinge wies das Abzeichen der Zentralkriminalpolizei vor. Der Vorsitzende des Ausschusses zeigte den Vorfall beim Staatsministerium an.

wöglich machten. Die Nachteile, die dadurch für die Landwirtschaft eingetreten sind, haben daher ausschließlich die angeblichen Vertreter der agrarischen Interessen zu verantworten.

Der nunmehr vorliegende Entwurf des Ausschusses enthält gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Reichsregierung Verschlechterungen. Wenn trotzdem die Sozialdemokratie dem vorliegenden Gesetzentwurf ihre Zustimmung gibt, so geschieht das aus zwei Gründen, erstens, weil auf ihren Antrag ihrer seit Jahren erhobenen Forderung nach gesetzlicher Festlegung des Brotverkaufs nach Gewicht entprochen worden ist, und zweitens, weil sie den Versuch einer Förderung des Roggenverbrauchs, wie ihn das Gesetz in der Hauptsache bezweckt, als geeignetes Mittel zur Überwindung der Notlage auf dem Roggenmarkt bejaht.

Abg. Frau Barm (Soz.):

Das deutsche Volk hat nach dem Abg. Rieseberg weiter keine Sorgen, als sich schleunigst mit Roggenbrot einzudecken. Von meiner Fraktion ist in den Ausschuhberatungen immer wieder betont worden, daß die Gewichtsbestimmungen wesentlich für uns und die gesamte Verbraucherschaft sind. Dieses Gesetz hat nicht dieselbe Formulierung, wie der von der Regierung Müller eingebrachte Gesetzentwurf. Unter der Regierung Müller wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Wirtschaftsparteiler in erster Lesung angenommen. Dieselben Parteien haben dann durch ihren Widerspruch das Inkrafttreten des Gesetzes über den 1. Mai hinaus verzögert. Trotz der Mängel des neuen Gesetzes würden wir ihm zustimmen. Fallen aber die Verbraucherschutzbestimmungen weg, sind wir nicht dazu in der Lage. Je mehr die Konsumgenossenschaften geschmäht werden, desto besser haben sie sich bisher entwickelt. Wenn also nach der Absicht der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen der § 4 des Gesetzes mit den Schutzbestimmungen fällt, so erkläre ich für meine Person, daß wir gegen das Gesetz stimmen. (Lebh. Beifall v. d. Soz.)

Abg. Drewitz (Wirtschp.) erklärt, daß das Brotgewicht in den Berliner Bäckereien schon längst angegeben werden müsse. Die Gewichtsbestimmungen des § 4 seien aber schikanös und undurchführbar.

In der Abstimmung zur zweiten Lesung wird die Streichung des § 4 abgelehnt und das Brotgesetz in der Ausschuhfassung angenommen.

Um 13¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 3 Uhr: Haushalt des Reichsfinanzministeriums, neue Deckungsvorlagen, handelspolitische Vorlagen.

Frick in der Minderheit.

Aber — er bleibt trotzdem am Amt.

Weimar, 5. Juli. (Eigenbericht.)

In der gestrigen Landtagsitzung kam es nach stundenlang erregter Debatte um Mitternacht zur Abstimmung über die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Mißtrauensanträge gegen den Minister Frick und den nationalsozialistischen Staatsrat Marschler. Dabei wurden für das Mißtrauen abgegeben 25 Stimmen (Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten), dagegen nur 22! Die Volksparteiler enthielten sich der Abstimmung. So war Frick in die Minderheit geraten. Aber da nach der Landesverfassung ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt nur zwingt, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten dafür stimmt, so gedenkt Frick ruhig im Amt zu bleiben.

Für die fünf Volksparteiler stimmte der Abg. Wilmann ein Klagelied über die Nationalsozialisten an, indem er ausführte:

„In wiederholten Erklärungen habe ich bei verschiedenen Anlässen namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei ausgeführt, daß und aus welchen Gründen mir die gegenwärtige thüringische Regierung nur unter schweren Bedenken mitgewählt und seither durch Stellung eines Staatsrates unterstützt haben.“

Die grundsätzlichen Gegensätze, die uns von den Nationalsozialisten trennen, machen uns ein Zusammenarbeiten mit ihnen naturgemäß schon an und für sich schwer. Die Art und Weise aber, in der auch führende Vertreter der nationalsozialistischen Bewegung im Reich und in den Ländern und auch bei uns in Thüringen vorgehen, und in der sie gerade auch unsere Partei angreifen, hat in unseren Reihen sehr starke Bestimmung hervorgerufen; zahlreiche Klagen von Parteifreunden aus den verschiedenen Teilen des Landes und des Reiches, die uns in den letzten Wochen und Monaten zugegangen sind, zeigen deutlich, welche tiefe Erregung sich weiter Kreise in unserer Partei bemächtigt hat, und wie schwer uns dadurch die Mitarbeit an der Regierung gemacht wird.“

Der gestern veröffentlichte Brief des Rektors der Universität Jena gegen den Herrn Minister Dr. Frick stellt Zustände an der Universität Jena und in dem Verhältnis des Lehrkörpers der Universität zu dem Volksbildungsminister an das Licht, die auf die Dauer schlechthin nicht ertragen werden können. Diese Zustände sind hervorgerufen worden einmal durch die Verletzung des Vorschlagsrechtes bei der Professur von Dr. Günther und dann durch das die Autorität des Senats schädigende Eingreifen des Ministers in das Verhältnis zwischen Lehrkörper und Studentenschaft. Wir müssen auf rasche und gründliche Beseitigung dieser Mißlichkeiten den größten Wert legen.

Dringend notwendig erscheint uns auch, daß Streitigkeiten mit

dem Reich nach Möglichkeit vermieden werden. Sie sind dem Ansehen unseres Landes abträglich, nehmen Zeit und Kraft aller Beteiligten unnötig und über Gebühr in Anspruch und verursachen, zumal wenn sie ungünstig für das Land ausgehen, außerdem noch erhebliche Kosten.

In letzter Zeit sind ferner von der Regierung — und zwar teils unmittelbar von dem nationalsozialistischen Minister, teils unter maßgebender Mitwirkung der nationalsozialistischen Regierungsmitglieder — Verwaltungsmassnahmen getroffen worden, von denen noch unserer Auffassung zu erwarten steht, daß sie vom Gesicht als mit den geltenden gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen nicht vereinbar erklärt und deshalb werden zurückgezogen werden müssen.“

Trotz aller dieser „schweren Bedenken“ und Vorwürfe erklärte der Redner schließlich, daß sich die Volksparteiler der Stimme enthalten würden, weil sie selbst entscheiden wollten, wann sie das Mißtrauen aussprechen. So blieb Frick als volksparteilicher Nazimann im Amt!

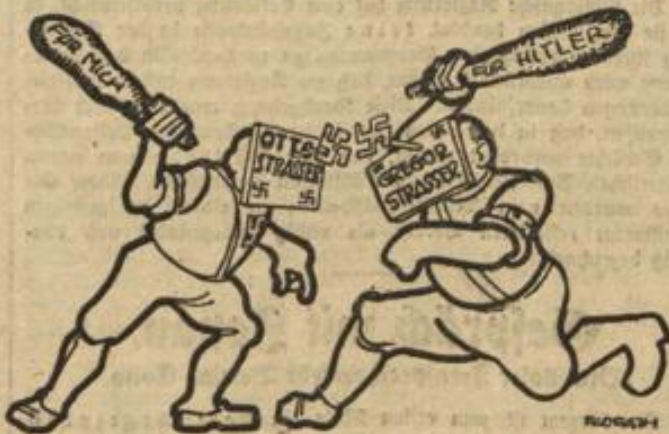
Der achtzehnjährige Parlamentarismus, dessen wir uns in Deutschland erfreuen, zeitigt mitunter seltsame Blüten. Hier ist der Fall passiert, daß ein leidenschaftlich unkämpfer Kleinstaatsminister nach allen Regeln des parlamentarischen Systems gestürzt ist, aber dennoch im Amt zu bleiben kann, weil die Verfassung des Landes ihm das erlaubt. An sich läßt sich ja manches dafür anführen, daß man den Länderregierungen gegen politische Krisenmacherei einen gewissen Schutz verleiht — in diesem Fall aber wird aus Verneinung Unsinn, denn hier verhindert die Krisenschutzbestimmung die Beendigung einer Krise.

Seit die Volkspartei durch ihr Hinzutreten die Bildung der Frick-Regierung in Thüringen ermöglicht hat, befindet sich dieses Land in schwerstem Krisenzustand. Die Volkspartei konnte geltend diesen Krisenzustand beseitigen, indem sie für den sozialdemokratischen Antrag stimmte. Sie hat sich dazu nicht entschließen können und hat sich der Stimme enthalten. Damit kann sie aber natürlich auf die Dauer nicht durchkommen. Es liegt in ihrer Hand, Frick zu beseitigen; solange sie das nicht tut, bleibt sie auch mit ihrer Stimmenthaltung für das Fortbestehen dieses Skandals verantwortlich. Sie bleibt verantwortlich für den Konflikt Thüringens mit dem Reich, sie kann sich dieser Verantwortung nicht durch eine Flucht in die Neutralität entziehen. Sie muß Frick stützen oder sie muß ihn stürzen!

Der kleine Diktator von Weimar befindet sich in einer tragikomischen Situation. Er hat gegen Berlin die größten Bogen gespannt und muß jetzt bemerken, daß er nicht einmal die Mehrheit seines eigenen Parlamentes hinter sich hat. Anständigergewisse mühte er jetzt, auch ohne Zwang der Verfassung, zurückzutreten, aber wahrscheinlich denkt er gar nicht daran. Er will warten, bis er durch die Freundlichkeit der Volkspartei in Sachsen eine gleichgestimmte Seele zum Kollegen bekommt.

Eine Reichsregierung, die über einige Autorität verfügt, könnte freilich sehr rasch mit dem ganzen Theater Schluß machen!

Völkischer Bruderzwist



„Dimmeldonnerwetter, es muß sich doch feststellen lassen, wer von uns das stärkere Brett vorm Kopf hat!“

Unterstützungsabbau beschlossen

Weil ein Kommunist fehlte — Zentrum behält sich alles vor

Der Soziale Ausschuss des Reichstags hat Sonnabend früh die zurückgestellten Abstimmungen vorgenommen. Vor Eintritt in die Abstimmung wiederholt Frau Abg. Teusch (Z.) heute nochmals ihre Erklärung, daß das Zentrum alle Abstimmungen in der ersten Lesung nur unter Vorbehalt vornehme und daß es sich für die zweite Lesung eine veränderte Haltung vorbehalten müsse.

Der entscheidende Abbauparagraph 106a, wonach Erwerbslose mit weniger als 52 Wochen Beschäftigungszeit nur noch die Säge der Krisenfürsorge erhalten sollen, wird mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen.

Wären die Kommunisten statt mit zwei mit den ihnen zustehenden drei Ausschussmitgliedern anwesend gewesen, so wäre dieser Unterstützungsabbau mit Stimmengleichheit abgelehrt worden.

Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Kürzung bei

Brennstoff aus Wasser Die nächste Umwälzung der Kraftwirtschaft

Wir haben in der Schule gelernt, daß man Wasser durch Elektrizität in Wasserstoff und Sauerstoff zerlegen kann, und daß dieses Gasgemisch, das Knallgas, den größten Heizwert besitzt. Die Verbrennungstoffe, die heute im Wirtschaftsleben verwendet werden, sind alle von viel geringerem Heizwert. Es lag also nahe, das Knallgas auch zum Antrieb von Kraftmaschinen zu verwenden und sich vom Benzin unabhängig zu machen. Obwohl Knallgas schon lange bekannt ist, und obwohl schon manche Kraftmaschinen für die Verwendung von Knallgas konstruiert worden sind, ist in der Praxis bisher kein Motor in Betrieb, der mit dem aus dem Wasser gewonnenen Gasgemisch betrieben wird. Die Ursache liegt darin, daß für die Zerlegung des Wassers in Wasserstoff und Sauerstoff so viel elektrische Energie aufgewendet werden muß, daß sich das Knallgas oder vielmehr die Kraft, die aus dem Knallgas zu gewinnen wäre, wenn nicht teurer, so doch auch nicht billiger stellen würde als die für die Zerlegung des Wassers aufgewendete elektrische Kraft.

Aber die Erfinder ruhen nicht. Immer wieder haben sie versucht, das Problem zu lösen und die ungeheuren Kraftquellen, die im billigen Rohstoff, im Wasser, vorhanden sind, der Ausnützung zu erschließen. Wiederholt wurde auch schon berichtet, daß dieses Problem gelöst sei. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß diese Mitteilungen verfrüht waren. Nun aber liegt eine Entdeckung vor, die von Physikern überprüft ist, und die man darum als den Beginn einer Revolution in der Kraftwirtschaft bezeichnen darf.

Erfinderschicksal

Die Verbilligung der Knallgasgewinnung ist dem Fabrikanten Paul Hausmeister in Württemberg schon vor dem Jahre 1921 gelungen. Er hat die Zerlegung des Wassers durch Elektrizität unter Druck vorgenommen und dabei erreicht, daß der Verbrauch an elektrischer Energie um 25 Proz. vermindert wurde. Es ergab sich nun folgendes: Eine Reihe von Professoren, unter ihnen Gruber, Coehn-Höllingen und Elstein, haben die Entdeckung von Hausmeister überprüft und bestätigt. Andere Wissenschaftler lehrten aber jede Wiederprüfung ab, weil ihnen ein Verstoß von Helmholtz, der durch die Entdeckung hinfällig wurde, unantastbar erschien. So kam es, daß dieser Entdeckung, die den größten Umsatzen im Wirtschaftsleben herbeizuführen geeignet ist, erst nach fünf langen Jahren die Patente erteilt wurden. Wie viele große Entdeckungen ist auch diese von verschiedenen Erfindern unabhängig voneinander gemacht worden. Auch der Dozent an der Berliner technischen Hochschule, Dr.-Ing. Koenig, hat fast gleichzeitig ein Patent für sein Verfahren erlangt, das auf denselben Grundlagen, auf der sogenannten Druck-Elektrolyse, beruht. Er erzeugt mit seinem Verfahren die Gase aus Wasser wesentlich billiger als es bisher möglich war und gleichzeitig in einer Spannung von 200 Atmosphären, die ohne jede zulässige Arbeit erstellt wird.

Das Prinzip der Erfindung

Auch Dr. Koenig hat gefunden, daß der Elektrizitätsverbrauch für die Zerlegung des Wassers in Wasserstoff und Sauerstoff geringer ist, wenn diese Zerlegung unter Druck erfolgt. Nun würde sich vielleicht keine Ersparnis ergeben, wenn dieser Druck erst künstlich erzeugt werden müßte. Das ist aber nicht der Fall. Das Wasser ist ein sehr dichter Stoff. Seine Elemente, Wasserstoff und Sauerstoff, haben eine ganz enorme Ausdehnungskraft. Wenn man also diese Gase im geschlossenen Gefäß freimacht, erzeugen sie selbst einen ganz enormen Druck. Theoretisch kann dieser Druck bis 1865 Atmosphären steigen, das ist ein Druck, den auch die besten Stahlrohre nicht auszuhalten vermögen. Es ergibt sich somit aus diesem Verfahren ein doppelter Gewinn: Die Verbilligung der Gaszerlegung und gleichzeitig ein hoher Druck, der heute allerdings noch nicht voll ausgenutzt werden kann, dessen Verwendung für Arbeitszwecke aber auch noch gelingen wird.

Knallgas als Motorbetriebsstoff

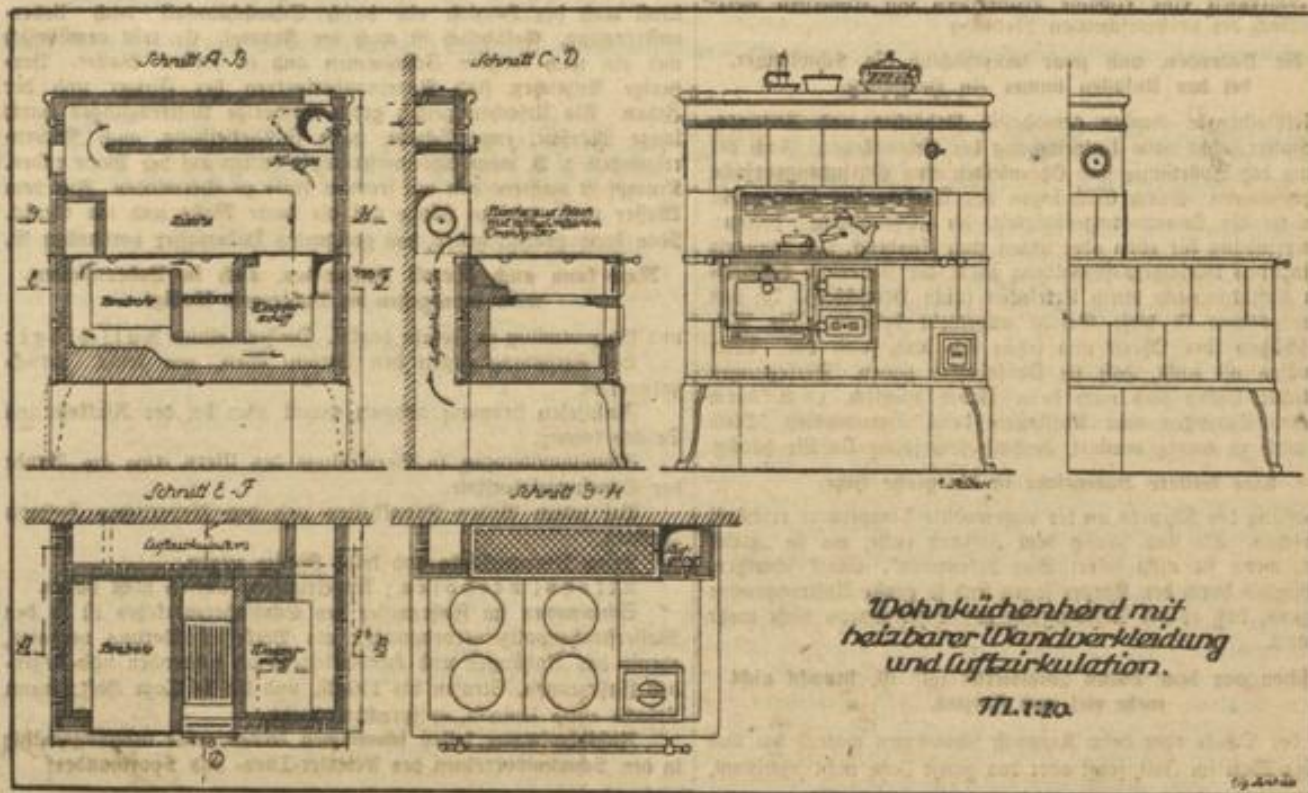
Paul Hausmeister hat sich von dem langen Mißerfolg seines Patentantragens nicht abhalten lassen, seine Erfindung weiter auszubauen. Er arbeitet Vorrichtungen aus, die ein gesichertes Verwenden des gefährlichen Knallgases ermöglichen. Wegen der vielen scheinbar unvermeidlichen Explosionen hat man Knallgas lange Zeit für unerschöpflich gehalten, und schon die Vermeidung der Gefahren, die das Arbeiten mit Knallgas mit sich brachte, sind als großer Erfolg zu betrachten. Dann aber hat Hausmeister eine Konstruktion ausgearbeitet, die es ermöglicht, Knallgas für die Verbilligung des Betriebes von Automobilen zu verwenden. An jedem Kraftwagen befindet sich ein Elektrizitätszweig für die Beleuchtung. Diese Lichtmaschine hat Hausmeister benutzt, um Wasser in einem Gefäß zu zerlegen, und das Knallgas in geringen Mengen dem vergasten Benzin zuzuführen. Es ergab sich eine bedeutend verbesserte Verbrennung, selbst wenn an Stelle des Benzins das schwere und billigere Solaröl verwendet wurde. Der Erfinder hat seine beiden Prototypen mit dieser Apparatur versehen, und sie auf Fahrten von 30 000 Kilometer genau geprüft. Es ergab sich eine Ersparnis an Brennstoffen von etwa 70 Proz. Das Ergebnis wurde von Sachverständigen nachgeprüft und bestätigt.

Eine technische Revolution

Wenn bei Kraftwagen und Flugmotoren ein geringer und selbst erzeugbarer Zusatz von Knallgas genügt, um den Verbrauch von Oelen außerordentlich herabzusetzen, und wenn Druck-Elektrolyse und Knallgasantrieb auch im Großbetrieb verwendet werden können, muß dies die größten Veränderungen im Wirtschaftsleben herbeiführen. Wie man von anderen ähnlichen Erfindungen weiß, treten solche Veränderungen nicht plötzlich ein; schon weil dazu ungeheure Investitionen notwendig wären. Daß aber im Laufe von Jahren, die Produktionskosten vermindert, die Einfuhr von Oelen bedeutend eingeschränkt, der Verbrauch von Kohle noch mehr verdrängt wird, und daß damit die ganze wirtschaftliche Struktur eine große Veränderung erfährt, ist so gut wie sicher. Die Produktion wird durch neue Energiemengen bereichert. Diesmal wie es scheint um Energiemengen, zu deren Freimachung kein so großer Kapitalaufwand notwendig ist, wie etwa für die Erbauung von Wasserkraftwerken oder für die Gewinnung von Oel aus Kohle. Dieser Umstand wird vielleicht dazu beitragen, daß die neue Methode der Knallgasgewinnung nicht nur einer Handvoll Geldmenschen neue Diabenden einbringt, daß die Bereicherung, die eine neue Energiequelle bedeutet, nicht den wenigen zufällt, die sich so gerne hinter dem Wort „Wirtschaft“ verborgen, sondern dem ganzen Volke. Meth.

Küchenbeheizung

Der Artikel „Einfache Küchenheizungsanlage“ im „Vorwärts“ vom 5. April weist mit Recht auf das Bedürfnis hin, die Küche mit der im Herd erzeugten Wärme beheizen zu können. Das deutsche Ofensetzergewerbe, das rastlos an der technischen Vervollkommnung seiner Erzeugnisse arbeitet, hat deshalb der ausgiebigen Erwärmung der Küche sein besonderes Augenmerk zugewandt und eine Reihe von Herdkonstruktionen geschaffen, die Heiz- und Kochzweck aufs Beste vereinigen. Der nachstehend abgebildete Wohnküchenherd mit heizbarer Wandverkleidung und Luftzirkulation erfreut sich bereits allgemeiner Beliebtheit, weil sowohl die Kochrichtung wie auch die damit verbundene Heizanlage einen guten und überraschend billigen Betrieb sichern. Der gebräuchliche Wohnküchenherd hat eine Ergänzung durch eine 2½ Schicht hohe Wandverkleidung erfahren. Der Weg der Heizgase ist so gewählt, daß alle Seiten des Herdes als Heizflächen dienen. Die



Heizgase ziehen von der Feuerung über das Bratrohr hinweg, streichen an dessen Seite abwärts, ziehen dann unter dem Boden des Bratrohres, Aschenkanales und Wasserschiffes hinweg, steigen hoch und münden in die Wandverkleidung. Von da können die Heizgase bei Sommerbetrieb durch Öffnen der Klappe gleich in den Schornstein geführt werden. Im Winterbetrieb bleibt die Klappe geschlossen und die Heizgase werden um eine Blechschleife geführt; sie kommen dann in den obersten Zug und münden von da in den Schornstein. Für die rasche und ausgiebige Beheizung ist eine besondere Luftzirkulation angeordnet. Die Bodenluft des Raumes steigt an der Rückwand des Herdes hoch, tritt durch ein Drahtgitter in die erwähnte Blechschleife ein und über die Kochplatte in den Raum aus. Neben den praktischen Vorteilen bietet der Herd mit der Wandverkleidung auch ein äußerst gutes und dekoratives Aussehen.

Autodiebstahlsicherungen

Optische, akustische und mechanische Diebstahlsicherungen

Täglich werden in allen Städten und Gegenden der Welt Hunderte von Automobilen gestohlen. Schon in der „uraltin“ Zulassungsbestimmung für Kraftfahrzeuge hat man an eine „unbefugte“ Inbetriebsetzung des Automobils gedacht und angeordnet, daß alle Automobile mit einer Vorrichtung versehen sein müssen, die mittels eines Schloßes den Zündstromkreis abschließen. Da man aber in dieser Bestimmung übersehen hatte, daß man für tausend Vorrichtungen den gleichen Schlüssel herstellen und benutzen kann, ist sie dadurch, daß man diesen Schlüssel in jedem Zubehörgeschäft für einige Pfennige taufen kann, illusorisch geworden. Wenn man nun in den Tageszeitungen von den überhandnehmenden Autodiebstählen liest, könnte man auf den Gedanken kommen, es gäbe keine Sicherung gegen diese Diebereien. — Kurz nach dem Kriege, als die Kriminalität in erschreckendem Maße wuchs, waren sofort in der Industrie Bestrebungen im Gange, das Auto gegen jeden Diebstahl zu schützen. Hunderte von Sicherungen sind auf dem Markt erschienen, hunderte sind verschwendet. Nur einige wirklich gute Vorrichtungen sind heute im Handel. Als ein Hauptfaktor, warum Autosicherungen in Deutschland so wenig in Gebrauch sind, ist der Umstand zu nennen, daß ja die meisten Autos versichert sind. Wie oft hört man, was kann schon sein, die Versicherung erfährt ja den Schaden. Wie groß aber der Schaden dadurch sein kann, daß der Bestgler monatelang auf die ziemlich geringe Ersparnisleistung der Versicherung wartet und seinen Bogen entbehren muß, andere Bogen benutzen und verhältnismäßig viel dafür bezahlen muß, wird in den wenigsten Fällen beachtet und erst bei Verlustfällen bemerkt.

Es gibt im Handel die verschiedensten Arten von Autodiebstahlsicherungen. Bei unbefugter Inbetriebsetzung erscheint auf dem polystyrolischen Erkennungszeichen ein beleuchtetes Transparent „Der Wagen ist gestohlen“ und ein dauerndes Hupezeichen ertönt. Oder in anderer Ausführung ist nur ein Transparent sichtbar, um den Dieb eventuell auf früherer Tat zu ertappen. Diese Vorrichtungen sind in Deutschland weniger bekannt und werden in den englischsprachigen Ländern hauptsächlich benutzt. Es ist selbstverständlich, daß der Mechanismus dieser Vorrichtungen nur durch Geheimvorrichtungen oder ein Geheimschloß abgestellt werden kann. Eine andere Art von Diebstahlsicherungen, wie sie auch in Deutschland vorübergehend gebräuchlich war, stellt die mechanische Sicherung dar. Man versuchte, den Autodiebstahl durch ein Betriebschloß zu verhindern. Das allzu häufige Versagen des Schloßes auf dem Kofferradboden setzte dieser Anordnung bald ein Ende. Die Sicherung durch Umklappen und das damit verbundene Festschließen des Handrades wurde auch bald wieder abgelehnt, wie überhaupt ein Festschließen der Steuermechanik immer eine Gefahrenquelle für den Fahrer ist. Durch die Vibration des Motors wurden die Schloßer, die zum Teil nach Patente-Patenten ausgeführt waren, selbst ausgelöst und sperrten während der Fahrt die Steuerorgane. Nicht zu wenig Aufsehen erregt sind auf das Konto dieser Schloßschlüsselauflösung zu schreiben. Ein Festschließen mittels Kette, ob es das Handrad oder Betriebsorgan ist, war dadurch zwecklos, daß einfach die Kette durchgeschnitten wurde.

Von den rein mechanischen Sicherungsarten haben sich eigentlich nur zwei bis heute behaupten können. Allerdings ist auch ihre Verwendungsbereitschaft noch nicht so groß, daß man abschließende Resultate hat. Hier ist zuerst eine Vorrichtung zu nennen, die bei unbefugter Inbetriebsetzung des Wagens aus einem Behälter rote Farbe tropfen läßt, damit man, den Spuren nachgehend, den Aufenthaltsort des gestohlenen Wagens ertundet. Eine sehr primitive Art, Diebe zu fangen. — Eine andere mechanische Sicherung ist eine Vorrichtung, die die Sonnenschutzscheibe, die sonst aus dunklem Glas ist, aus Metall herstellt und bei Nichtbenutzung des Wagens diese Scheibe so vor der Windschutzscheibe festhält, daß dem Fahrer die Sicht fehlt. Eine sehr einfache Sicherung, aber ob sie auch die Gewähr der Widerstandsfähigkeit gegen unbefugtes Betätigen hat, ist sehr fraglich. So bleiben wirklich nur elektrische-akustische Sicherungen übrig, wie sie heute in Deutschland in zwei Ausführungsarten in Gebrauch sind.

Die „Autosping“ und der „Autoboger“ beruhen auf dem Prinzip, die Zündung durch eine Verriegelung zu schützen und bei unbefugter Inbetriebsetzung des Motors oder Wagens oder Öffnen der Haube oder der Wagenhaube, bei Lösen des Fahrradpedals oder des ausgehockten Koffers starkes, anhaltendes Hupezeichen zu geben. Die „Autosping“ verriegelt die Zündung mittels eines Zählenschloßes und hat gleichzeitig eine Vorrichtung, die eine Prüfung eines jeden einzelnen Zylinders zuläßt. Wird der Wagen von einem Unbefugten gestartet, so ertönt so lange ein Hupezeichen, Anspringen kann der Wagen nicht, die Zündung ist gesperrt. Will der Dieb die Haube öffnen, um die Zündungsteilung kurzgeschlossen, was aber in diesem Falle unmöglich ist, so ertönt sofort wieder starkes Hupezeichen. Diese Kontakte kann man beliebig verziehen und auf alle Armaturen und Zubehörteile ausdehnen. Dem Nachteil des Zählenschloßes, das in dieser verhältnismäßig leichten Ausführung eventuell noch längeren Bemühen zu öffnen ist, geht der „Autoboger“ dadurch aus dem Wege, daß er mit einfachsten Mitteln ein Schloß verwendet, das in millionenfacher verschiedener Ausführung geliefert werden kann. Ueber die ausgegebenen Schlösser wird eine Karte geführt, daß eine doppelte Schlüsselausgabe unmöglich ist. Auch hier beim „Autoboger“ werden der Wagen und seine Teile mittels Kontakten durch Hupezeichen geschützt. Der Schlüssel kann in die verdeckte anzuhängende Schloßplatte so eingeführt werden, daß ein Mißfahrer es gar nicht bemerkt. Durch einfaches Einstecken wird der „Autoboger“ ausgeschaltet und durch Herausziehen des Spezialschlüssels eingeschaltet. Hier ist es ganz egal, ob der Zählenschloßkasten ab- oder angegeschlossen ist. Da bei Sicherungen das Einstecken des Schlüssels ist, so kann man wohl dem Schloßsystem, das in diesem Falle auch die billigste Autosicherung ist, den Vorzug geben. — Die Polizei hat sich in letzter Zeit mit den verschiedensten Autosicherungen befaßt und gerade die elektro-akustischen Sicherungen als die einfachsten und besten bezeichnet. Die Polizei ist angewiesen, auf auffällig halt hupende Fahrzeuge zu achten und sofort zur Feststellung zu schreiten. — Es ist zu hoffen, daß durch das energische Eingreifen der Industrie und der Polizei die Diebstähle zurückgehen werden. Kurt Geis,

